Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 07.11.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schließung des Finanzamts Leck wäre unwirtschaftlich

Die SSW-Landtagsabgeordneten Silke Hinrichsen und Lars Harms haben heute das Finanzamt in Leck besucht. Nach einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Personalrates, Anke Draheim, und dem Amtsleiter Herrn Bürger appellieren sie an die Landesregierung, die angedachte Zusammenlegung der Finanzämter Leck und Husum zu überdenken:

„Von bürgernaher Verwaltung kann nicht mehr die Rede sein, wenn die Menschen aus Leck und Umgebung nach Husum fahren müssen, um persönlich mit dem Finanzamt sprechen zu können. Dazu kommt, dass die Gemeinde Leck in den letzten Jahren schon überproportional vom Abbau der Bundeswehrarbeitsplätze betroffen ist. Mit dem Finanzamt würde jetzt auch noch der zweitgrößte Arbeitgeber der Stadt abgezogen. Das kann doch keiner ernsthaft wollen, zumal nicht einmal sicher ist, dass dabei gespart werden kann“, meint Silke Hinrichsen.

Lars Harms weist darauf hin, dass der wirtschaftliche Nutzen der geplanten Zusammenlegung fraglich ist: „Es ist höchst zweifelhaft, ob die Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) als Eigentümerin des denkmalgeschützten Gebäudes das Finanzamt in Leck überhaupt veräußern kann. Die GMSH würde Mieteinnahmen verlieren, aber keine Einnahmen aus einem Verkauf haben. Da die GMSH eine Tochtergesellschaft des Landes ist, wird die Schließung insgesamt zu einem Verlustgeschäft für das Land, denn der Finanzminister spart durch die Zusammenlegung der Finanzämter allenfalls vier Stellen und die Miete. Außerdem müsste in Husum neu gebaut

werden, weil das dortige Gebäude keinen Platz für die Mitarbeiter aus Leck bietet. Das macht alles keinen Sinn.

Alle Argumente sprechen gegen die Zusammenlegung der Finanzämter in Leck und Husum. Das muss die Landesregierung berücksichtigen, wenn sie am Dienstag die endgültige Entscheidung über die Zusammenlegung von Finanzämtern trifft, fordern die beiden SSW-Abgeordneten.